

6 Fazit

Wasserstoff soll in den kommenden Jahren eine zentrale Rolle in der Dekarbonisierung des Energiesystems spielen. Dies verdeutlichen zahlreiche Strategiepapiere auf thüringischer, nationaler und europäischer Ebene. Das Ziel der vorliegenden Arbeit war es, die Produktion grünen Wasserstoffes als Beispiel nehmend zu untersuchen, wodurch politische Entscheidungen im Kontext nachhaltiger Transformationsprozesse beeinflusst werden und wie politische Entscheidungsträger:innen in diesem Kontext agieren. Um diese Frage zu beantworten, wurden Expert:inneninterviews mit energiepolitischen Expert:innen der 2024 im Landtag vertretenen Parteien sowie energiepolitischen Expert:innen aus den Thüringer Ministerien geführt. Angelehnt an die Grounded-Theory-Methodologie wurden diese ausgewertet. So wurde ein erstes Theoriefragment einer Theorie mittlerer Reichweite entwickelt, das Einblicke in das untersuchte Forschungsgebiet gibt.

Die Ergebnisse der Analyse zeigen, dass die Frage nach der Energieerzeugungsart von den politischen Entscheidungsträger:innen als „politisches Schlachtfeld“ wahrgenommen wird. Zu dieser Wahrnehmung führen fünf Aspekte. Zum einen nennen die Befragten „ideopolitische Energiepräferenzen“, den wahrgenommenen Zusammenhang zwischen der parteipolitischen Ausrichtung und der Präferenz beziehungsweise Ablehnung bestimmter Formen der Energieerzeugung. Dieses Phänomen findet auch in wissenschaftlicher Literatur Beachtung. „Populismuskapitulation“ als zweiter relevanter Aspekt bezeichnet die Aufgabe eigener Positionen und Einstellungen zugunsten der Übernahme von Positionen, die von lokalen Akteur:innen vorgebracht werden. Ein Blick in die Literatur hat gezeigt, dass es fraglich ist, ob das in den Interviews beschriebene Phänomen wirklich als Populismus im wissen-

schaftlichen Sinne bezeichnet werden kann. Eine Verortung als „Opportunismus“ scheint potenziell passender. Als dritter Aspekt wird der „lobbyorchestrierte Energiediskurs“ beschrieben. Dieser besagt, dass die Energieträger, die im politischen Diskurs Beachtung finden, auf den Einfluss lobbyistischer Gruppierungen zurückzuführen sind. Das Phänomen „unkritische Medien“ steht für die durch die Akteur:innen beobachtete zunehmende Gleichbehandlung unterschiedlich gewichtiger Argumente ohne Kontextualisierung. Der „Sonderweg Thüringen“ als letzter Aspekt beschreibt die von den Akteur:innen wahrgenommene besondere politische Situation in Thüringen geprägt durch eine, im Vergleich zu andern Bundesländern als anders wahrgenommene, Ausrichtung der liberal-konservativen Kräfte und der Minderheitsregierung in der 7. Wahlperiode.

Für die Betrachtung der spezifischen Situation, die Frage nach der Produktion grünen Wasserstoffs in Thüringen, wurden zwei Phänomene identifiziert: das „Henne-Ei-Problem“ und die „Wunsch-Machbarkeits-Diskrepanz“. Ersteres beschreibt die Schwierigkeit eine Wasserstoffwirtschaft ohne vorhandene Nachfrage zu etablieren, beziehungsweise ohne Nachfrage die Infrastruktur für die Wasserstoffwirtschaft zu realisieren. Für die politischen Entscheidungsträger:innen in Thüringen spielt Wasserstoff eine weniger zentrale Rolle, als es die öffentliche Diskussion und die übergeordneten politischen Zielsetzungen vermuten lassen. Dies liegt vor allem daran, dass sie die Umsetzbarkeit von Wasserstofftechnologien kritisch betrachten („Wunsch-Machbarkeits-Diskrepanz“). Im Umgang mit dem Phänomen des „politischen Schlachtfeldes“ wurden zwei Reaktionsmuster identifiziert: reaktiv und transformativ. Erstere Strategie ist gekennzeichnet durch Konfliktvermeidung und die Anpassung der eigenen Positionen an die vermeintlichen Präferenzen der Wählerschaft. Transformativ agierende Akteur:innen versuchen, die Bevölkerung von den eigenen Ideen zu überzeugen. Das transformative Reaktionsmuster korrespondierte in der Analyse mit einer starken Überzeugung der (positiven) Bedeutung von erneuerbaren Energien.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass die Ergebnisse dieser Arbeit nicht nur für die spezifische Thematik der Wasserstoffproduktion in Thüringen relevant sind. Sie liefern auch generelle Erkenntnisse über die Beeinflussung politischer Entscheidungen im Kontext nachhaltiger Transformationsprozesse in der Energiepolitik. Die identifizierten Aspekte und Phänomene bieten einen wertvollen Beitrag zum Verständnis, wie politische Entscheidungen in einem dynamischen und oft konfliktbeladenen Umfeld getroffen werden. Sie verdeutlichen, dass politische Entscheidungen nicht nur von technischen und wirtschaftlichen Aspekten abhängen, sondern auch stark durch ideologische Präferenzen, lokale Gegebenheiten und den Einfluss von Interessenvertretungen geprägt sind. Zukünftige Forschungen sollten die vorliegenden Erkenntnisse in anderen Bundesländern überprüfen. Anhand dieser Ergebnisse könnten Prognosen zur Etablierung einer Wasserstoffwirtschaft in Deutschland abgeleitet werden. In Thüringen hinterließ die Energiepolitik der vergangenen Wahlperiode erhebliche Herausforderungen. Eine erneute Untersuchung in der 8. Wahlperiode könnte aufschlussreich sein, um Veränderungen in der politischen Landschaft zu dokumentieren.

